

DEUTSCHLAND

Zwischen Amtsschimmel und Reförmchen

Das Gejammer über die wirtschaftliche Flaute und die leeren Kassen des Gemeinwesens will einfach nicht verstummen. Vielleicht sogar zurecht! Allerdings mag die Frage gestattet sein, wer eigentlich jammert. Der vielzitierte "kleine Mann" hätte an manchen Stellen durchaus Grund zum Jammern, insbesondere dann, wenn er Berufspendler und Bezieher eines kleinen Einkommens ist und damit Frau und Kind zu versorgen hat. Dann ist es nämlich in den großen Städten inzwischen nicht mehr die Ausnahme, daß das Familieneinkommen im Bereich des Sozialhilfesatzes oder gar darunter liegt, ihn Energieverteuerung, Erhöhung der Sozialversicherungs- und Gesundheitskosten und Kaufkraftschwund aber noch härter treffen als einen Sozialhilfeempfänger. Im wesentlichen sind es aber die Politiker selbst, die diese Jammerei im Hinblick auf den Staatshaushalt betreiben und stetig auf der Suche nach Schuldigen, noch immer nicht über den Tellerrand ihres Nahfeldes hinaus schauen.

Anspruch und Denken

Es ist möglicherweise legitim, sich laut Gedanken darüber zu machen, welchen Einfluß eine Grundhaltung der Bevölkerung im Sinne einer Mitnahmementalität auf die Situation im Sozialwesen hat. Es ist aber deutlich daneben, das als Bundeskanzler in einer Form zu tun, die nicht wenige Bürger als Beleidigung empfinden. Wenn der Bürger wie geschehen aufgefordert wird, mehr Verantwortung für sich selbst zu tragen, mithin mehr für sich selbst zu sorgen und weniger vom Sozialwesen zu erwarten, dann kann das nur dann ernst genommen und konstruktiv aufgegriffen werden,



wenn auch ein staatliches Gesamtkonzept dahinter steht, das dem Bürger die Freiheit dazu gibt.

Und genau dort liegt der grundsätzliche Mangel deutscher Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein aufeinander abgestimmtes Konzept, das sowohl den solidarischen Rahmen für eine Unterstützung der Leistungsschwachen in unserer Gesellschaft bietet und gleichzeitig Raum für Selbständigkeit und Eigenverantwortung des Einzelnen bei der Absicherung seiner Lebensrisiken bietet, fehlt vollständig.

Es ist gerade deshalb nicht zu akzeptieren, daß der Bürger staatlicherseits verpflichtet wird, in eine Rentenversicherung einzuzahlen, die er nach heutigem Stand wahrscheinlich nicht nutzen kann, wenn er sie benötigt, wenn der Bürger in eine Krankenversicherung einzahlen muß, die immer teurer geworden ist und immer weniger leistet, und daß er in eine Arbeitslosenversicherung einzahlen muß, um dann, wenn er sie benötigt, vom Bundeskanzler persönlich den Vorwurf einer Mitnahmementalität zu hören, wenn er diese Versicherungsleistung in Anspruch nimmt.

Erinnern wir uns: Jeder, der einmal Minister in diesem Staat war, und sei es nur für vier Wochen, hat Anspruch auf eine Pension, die er auch dann erhält, wenn er inzwischen ein sechstelliges Salär für einen Aufsichtsratsposten in der Wirtschaft einstreicht.

Diese Pension ist in einer Höhe angesiedelt, die selbst ein gut ausgebildeter Arbeitnehmer in seinem gesamten aktiven Berufsleben als Monatsgehalt nie erreichen wird.

Der Kanzler verlangt von "seinen" Bürgern, daß sie auf Zuwendungen des Gemeinwesens, die sie zum Lebensunterhalt nicht zwingend benötigen, verzichten. Es wäre gar nicht ungeschickt, würde er sich dieser Pensionen und der Diäten der Abgeordneten einmal annehmen. Damit hier kein Mißverständnis aufkommt: Grundsätzlich ist die Diätenhöhe der Verantwortungsträger vertretbar, jeder von ihnen könnte in der freien Wirtschaft bei gleichem Zeitaufwand mindestens dasselbe verdienen. Was aber die Glaubwürdigkeit unserer Mandatsträger massiv beschädigt ist neben dem völlig überzogenen Pensionsanspruch der Umstand, daß sie die einzigen Arbeitnehmer sind, die sich ihre Bezüge selbst genehmigen.

Und aus diesem Glashaus heraus werden die Kleinkommensbezieher befallen. Äußerst ungeschickt.

Armutsrisiko "Kinder"

Dabei ist grundsätzlich die Frage erlaubt, ob alle finanziellen Sozialleistungen berechtigt sind. Natürlich gibt es den Fall des Sozialhilfeempfängers, der es sich auf Mallorca gut gehen ließ, und in der Tat wundert man sich zuweilen über die Ansammlung teurer Unterhaltungselektronik und Handies im Haushalt eines Sozialhilfeempfängers. Auf der anderen Seite stehen dann aber auch die Alleinerziehenden, die ihre Kinder betreuen und oft zeitlich gar nicht in der Lage wären, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, weil sie einen Vollzeitjob von morgens 6.00 Uhr bis abends um 22.00 Uhr haben. Würde die alleinerziehende Mutter einer Vollzeittätigkeit nachgehen und der Staat die Betreuung der Kinder durch Fachkräfte abdecken müssen, wäre das ein schlechtes Geschäft für das Gemeinwesen. Das Einkommen der Mutter würde aber andererseits nicht

ausreichen, die Betreuungsangebote, soweit überhaupt vorhanden, privat zu finanzieren.

In diesem Fall leistet die alleinerziehende Mutter dem Gemeinwesen einen unschätzbaren Dienst, indem sie im Idealfall die Leistungsträger der Folgegeneration aufzieht und sozial ausbildet. Dafür ist die Sozialhilfe ein äußerst geringes Entgelt.

Der Umstand, daß in Deutschland erschreckend wenige Kinder geboren werden, ist ein hausgemachtes Problem. Die Großstadt ist für Kinder noch immer lebensgefährlich, auch, wenn inzwischen viele Projekte in der Verkehrswegeplanung und der Verkehrserziehung erste Erfolge zeitigen. Noch immer werden bellende Hunde eher akzeptiert als laut spielende Kinder. Die Steuerfreibeträge für Erwerbstätige, die den Lebensunterhalt für Kinder bestreiten müssen, sind viel zu niedrig, noch immer bedeuten Kinder für viele Menschen ein erhebliches Armutsrisiko. Das Bildungssystem erwartet wohlgezogene und leistungsbereite Kinder in den Schulen, tut aber nichts dafür, zukünftige Eltern auf ihre Aufgabe vorzubereiten.

Flickwerk oder Konzept

Und für die Fälle, in denen Hilfe zur Erziehung zur Behebung entstandener Defizite geboten ist, ist in der augenblicklichen Haushaltslage oft nicht mehr genügend Geld für eine angemessene Betreuung vorhanden. Da hilft es auch nicht, daß diese Leistungen Garantieleistungen nach dem SGB VIII sind.

In einem vernünftigen und zukunftsorientierten Gesamtkonzept müßten die genannten Bereiche so miteinander verwoben werden, daß ein Rad ins andere greift.

Es hilft überhaupt nicht, wenn ich z.B. im Gesundheitswesen daran denke, auch Selbständige und Beamte in die gesetzlichen Krankenkassen zu zwingen, wenn jetzt schon sicher ist, daß das Problem der alternden Gesellschaft auch damit nicht finanzierbar ist.



Der Ansatz, nur dort Beamte einzusetzen, wo es aus hoheitlichen Gründen dringend erforderlich ist, so z.B. in der Judikative und der Exekutive, d.h. Richter und Staatsanwälte sowie Polizisten, und in der Verwaltung und der Bildung grundsätzlich darauf zu verzichten, könnte in die richtige Richtung zeigen. Die Finanzierung des Gesundheitssystems muß durch alle Bürger gesichert werden. Der Ansatz, nur die nicht allein tragbaren Risiken einer Pflichtversicherung zu unterziehen, das wären vorwiegend stationäre Gesundheitsfürsorge, chronische Krankheit und Pflegebedürftigkeit, und dem Bürger zu überlassen, welche weiteren Risiken er versichern will, wäre ein Weg. Eine andere Möglichkeit, die eine umfangreiche Reform des Steuerkonzeptes erforderlich machen würde, wäre die Finanzierung des Gesundheitswesens über die Mehrwertsteuer. Auf diese Weise wäre sichergestellt, daß wirklich jeder sich daran beteiligt, wobei die Mehrwertsteuer auf die Dinge des täglichen Bedarfs deutlich niedriger ausfallen müßte als auf Luxusgüter, um soziale Gerechtigkeit sicher zu stellen.

Für die Rentenversicherung könnte analog eine Rente in Höhe des Sozialhilfesatzes pflichtversichert werden und dem Bürger selbst überlassen werden, was er selbst noch zusätzlich für seine Alterssicherung tun will.

Weil sich diese Ansätze aber gegenüber den großen Lobbies nicht verkaufen lassen, werden diese Möglichkeiten von der Politik derzeit nicht betrachtet.

Vielmehr werden sehr brauchbare Einzelansätze allein in den Wind gestellt, ohne sie in letzter Konsequenz umzusetzen und entsprechend zu flankieren.

Die Unfreiheit, die die Menschen in unserem Land oft empfinden und das

Gefühl, eher dem Staat zu dienen als daß der Staat dem Individuum dient, hat viel Gründe.

Deutschland ist ein Land, in dem beinahe alles reglementiert ist. Es ist ja noch nachvollziehbar, daß beim Hausbau auf Sicherheit der Substanz geachtet wird und Bauvorschriften dahingehend erlassen werden. Wer hat aber etwas davon, daß Geschoßhöhe, Art, Neigung und Bedeckung des Daches oder auch der Abstand des Hauses zum Gehweg exakt vorgeschrieben werden? Jeder Anbau und jede Laube muß zusätzlich genehmigt werden, es gibt Grundstücke, auf denen der Besitzer noch nicht einmal ein Zelt aufbauen darf, weil sie nicht erschlossen sind, und jeder Antrag ist kostenpflichtig.

Warum muß die Unterschrift des Vereinsvorstandes unter einer Änderung der Satzung notariell beglaubigt werden? Ein besonders hervorstechendes Beispiel für perfekte Lobbyarbeit der Juristen.

Wer kreatives Wohnen betreiben will, z.B. dadurch, daß er ein Grundstück erwirbt, um einen Eisenbahnwaggon darauf zu stellen und diesen als Behausung auszubauen, lebt hier im falschen Land. Wer einmal versucht hat, einen Betrieb aufzubauen, hat eine Geschichte zu erzählen. Die Auflagen, die beispielsweise zu erfüllen sind, um eine Tagesgruppe zu eröffnen, sind immens. Dabei ist der pädagogische Rahmen das geringste Problem. Noch immer müssen Toiletten für Männer und Frauen getrennt sein, eine uralte Eichentür, die die Feuerwehr für unbedenklich hielt, mußte auf Weisung der Stadtverwaltung durch eine Feuerschutztür aus Stahl ersetzt werden, obwohl sie außerhalb des genutzten Bereiches lag.

Alles ist geregelt.

Wenn eine neunköpfige Familie zuvor in dem Haus gelebt hat, ist das unproblematisch. Soll eine Tagesgruppe dasselbe Haus nur tagsüber nutzen, ist eine Nutzungsänderung mit den oben angesprochenen und weiteren

Auflagen zu beantragen, die ggf. einen Architekten mit auf den Plan ruft und das Vorhaben extrem verteuert. Kürzlich sah ich einen Bericht über eine junge Frau, die nach einem Schlaganfall halbseitig gelähmt ist. Sie ließ sich nicht hängen und rüstete ihren Elektrorollstuhl mit einer Vorrichtung zur Zubereitung von Bratwürsten aus. Damit verdiente sie in der Fußgängerpassage so viel Geld, daß sie drei weitere Rollstühle anschaffte und drei behinderten Menschen einen Arbeitsplatz bot. Die Stadt hat dann die Genehmigung zurückgezogen mit der Be-

Anspruch und Denken

gründung, daß nur ein "Bauchladengeschäft" genehmigt war, nun aber Mitarbeiter eingestellt worden und die Rollstühle nicht wendig genug seien und deshalb eher von einem festen Standort auszugehen sei. Im Ergebnis sind die drei Mitarbeiter wieder arbeitslos, anstatt Steuern zu erhalten unterhält der Staat sie nun

wieder, und die junge Frau versucht es allein weiter immer in der Angst, daß auch sie selbst nicht mehr tätig sein darf.

Genau das ist die Kultur, die in unserem Land herrscht. Und genau deshalb ist Jammern erlaubt. Politik ist erst dann Sache der Bürger, wenn wir sie nicht länger einer Kaste von Berufspolitikern überlassen, die von den Lebensumständen ihrer Wähler weiter entfernt sind als meine Schuhe vom Hut.

Günther Erdmann